

Dr. iur. Nikiaus Oberholzer
Rechtsanwalt

Grundzüge des Strafprozessrechts

Dargestellt am Beispiel des
Kantons St. Gallen



Verlag Stämpfli+Cie AG Bern • 1994

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Allgemeine Literaturübersicht	XXIX
I. Allgemeine Grundsätze	1
II. Organisation und sachliche Zuständigkeit	29
III. Die örtliche Zuständigkeit	91
IV. Die Prozessbeteiligten und ihre Rechtsstellung	123
V. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	205
VI. Die Beweisführung und die Beweiswürdigung	235
VII. Die Beweismittel	253
VIII. Die prozessualen Zwangsmassnahmen	301
IX. Der formelle Gang des Strafverfahrens	407
X. Die besonderen Verfahrensarten	457
XI. Die Rechtsmittel	511
XII. Die Kosten und Entschädigungen	577
XIII. Das Vollzugsverfahren	597
Alphabetisches Sachregister	609

Inhaltsverzeichnis

I. Kapitel: Allgemeine Grundsätze

1.	Wesen und Aufgaben des Strafprozessrechts.	3
1.1	Begriffsklärung.	3
1.2	Einheit von materiellem und prozessuellem Recht.	4
1.3	Spannungsverhältnisse im Strafprozess.	5
1.31	Macht und Machthemmungen.	6
1.32	Verfolgung Schuldiger und Unschuldiger.	7
1.33	Aktive und passive Stellung des Angeschuldigten.	7
1.34	Wahrheitsfindung und Beweisverbote.	8
1.35	Gerechtigkeit und Rechtssicherheit.	8
2.	Die Rechtsquellen.	9
2.1	Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen.	9
2.2	Die Rechtsquellen des Kantons St. Gallen.	10
2.21	Kantonsverfassung vom 16. November 1890.	11
2.22	Gerichtsgesetz vom 2. April 1987.	11
2.23	Gesetz über die Strafrechtspflege vom 9. August 1954.	11
2.24	Polizeigesetz vom 10. April 1980.	12
2.25	Opferhilfe Verordnung vom 20. November 1992.	12
2.26	Weitere kantonale Erlasse.	12
2.3	Die Rechtsquellen des Bundes.	13
2.31	Bundesverfassung vom 29. Mai 1874.	14
2.311	Verbot der formellen Rechtsverweigerung.	15
2.312	Verbot der materiellen Rechtsverweigerung.	17
2.32	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937.	17
2.33	BG über die Bundesstrafrechtspflege vom 15. Juni 1934.	19
2.34	BG über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 4. Oktober 1991.	19
2.4	Die Europäische Menschenrechtskonvention.	19
3.	Die Totalrevision der st. gallischen StP.	23
3.1	Das Thesenpapier der st. gallischen Expertenkommission.	24
3.2	Die Neuorganisation der Strafrechtspflegeorgane.	24
3.3	Der Ausbau der Verteidigungsrechte.	25
3.4	Das beschränkte Unmittelbarkeitsprinzip.	26
3.5	Die Einführung eines Zwangsmittelrichters.	27

II. Kapitel: Organisation und sachliche Zuständigkeit

4.	Die Polizei.	31
4.1	Der allgemeine Polizeiauftrag.	31

Inhaltsverzeichnis

4.2	Die selbständige Tätigkeit der Polizei	32
4.21	Die Führung von Registraturen	33
4.22	Die erkennungsdienstlichen Unterlagen	35
4.23	Die Fahndungstätigkeit	36
4.231	Feststellung der Personalien	36
4.232	Kontrolle von Behältnissen	38
4.233	Durchsuchung von Personen	38
4.24	Der Einsatz von verdeckten Ermittlern	39
4.241	Strafrechtliche Folgen für den Betroffenen	40
4.242	Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage	42
4.243	Zeugensperre für verdeckte Ermittler	43
4.25	Die selbständigen polizeilichen Vorerhebungen	45
4.26	Der erste Zugriff	46
4.261	Vorsorgliche Tatbestandsaufnahme	46
4.262	Befragung von Personen	46
4.263	Vorläufige Beschlagnahme	47
4.264	Polizeiliche Hausdurchsuchung	47
4.265	Polizeilich angeordnete Blutprobe	47
4.266	Vorläufige Festnahme	47
4.267	Polizeilicher Schusswaffengebrauch	48
4.3	Die unselbständige Tätigkeit der Polizei	49
4.4	Die Abgrenzung von Ermittlung und Untersuchung	50
4.5	Das Rechtsstaatsdefizit im Ermittlungsverfahren	52
5.	Die Untersuchungs- und Anklagebehörden	55
5.1	Der Untersuchungsrichter	55
5.11	Die Organisation der Untersuchungsrichter	55
5.12	Die Stellung des Untersuchungsrichters	57
5.13	Die Aufgaben des Untersuchungsrichters	58
5.2	Der Staatsanwalt	59
5.21	Die Organisation der Staatsanwaltschaft	60
5.22	Die Stellung des Staatsanwalts	60
5.23	Die Aufgaben des Staatsanwalts	61
5.3	Die Anklagekammer	63
5.31	Die Organisation der Anklagekammer	63
5.32	Die Stellung der Anklagekammer	64
5.33	Die Aufgaben der Anklagekammer	64
5.4	Die vorgesehene Neuorganisation	65
6.	Die urteilenden Instanzen	68
6.1	Allgemeine Grundsätze	68
6.2	Organisation und sachliche Zuständigkeit	68
6.21	Grundsätze zur Bestimmung der Zuständigkeit	69
6.22	Der Untersuchungsrichter als Einzelrichter	70
6.23	Das Bezirksgericht	71

6.231	Sachliche Zuständigkeit der Gerichtskommission	71
6.232	Sachliche Zuständigkeit des Bezirksgerichts	71
6.24	Das Kantonsgericht	72
6.25	Das Kassationsgericht	73
7.	Die politischen Behörden	74
7.1	Der Regierungsrat	74
7.2	Der Grosse Rat	75
8.	Die richterliche Unabhängigkeit	76
8.1	Die Garantie des verfassungsmässigen Richters	76
8.11	Das Verbot von Ausnahmegerichten	77
8.12	Der Anspruch auf einen unabhängigen Richter	77
8.13	Der Anspruch auf einen unparteiischen Richter	78
8.131	Personalunion von Untersuchungsrichter und Sachrichter....	79
8.132	Vorbefassung	80
8.133	Subjektive Befangenheit	82
8.2	Der Ausstand	83
8.21	Das Vertrauen in die Objektivität der Rechtsprechung	83
8.22	Die Ausstandsgründe im einzelnen	85
8.23	Das Ausstandsverfahren	87

III. Kapitel: Die örtliche Zuständigkeit

9.	Der Gerichtsstand	93
9.1	Der interkantonale Gerichtsstand	93
9.11	Die gesetzlichen Anknüpfungsnormen	93
9.111	Ordentlicher Gerichtsstand des Tatorts	93
9.112	Gerichtsstand beim Zusammentreffen von Straftaten	96
9.113	Gerichtsstand des Teilnehmers	96
9.114	Gerichtsstand bei Kindern und Jugendlichen	97
9.115	Weitere bundesrechtliche Gerichtsstandsregeln	97
9.12	Die massgebenden Bestimmungsgrundsätze	98
9.13	Das Verfahren zur Festsetzung des Gerichtsstands	99
9.14	Das Abweichen vom gesetzlichen Gerichtsstand	101
9.2	Der innerkantonale Gerichtsstand	102
10.	Die Rechtshilfe	105
10.1	Die innerkantonale Rechtshilfe	106
10.2	Die interkantonale Rechtshilfe	106
10.21	Die Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches...	106
10.22	Das Konkordat der kantonalen Justizdirektoren	108
10.3	Die internationale Rechtshilfe	109
10.31	Die zwischenstaatlichen Vereinbarungen	109
10.32	Die innerstaatliche Regelung	110
10.33	Die Voraussetzungen der internationalen Rechtshilfe	111

Inhaltsverzeichnis

10.331	Art des Verfahrens.	111
10.332	Art der zu verfolgenden Straftat	111
10.333	Erheblichkeit der zu verfolgenden Straftat.	112
10.334	Rechtsstaatliche Verfahrensgarantien.	112
10.335	Gegenrechtserklärung.	112
10.336	Grundsatz der beidseitigen Strafbarkeit	113
10.337	Spezialitätsvorbehalt	113
10.338	Zusätzliche Erfordernisse bei der Auslieferung.	114
10.34	Das Verfahren der internationalen Rechtshilfe.	114
10.341	Polizeilicher Austausch von Informationen.	114
10.342	Behördenorganisation der Rechtshilfeorgane.	115
10.343	Form des Ersuchens.	117
10.344	Ergänzung des Ersuchens.	119
10.345	Anwendbares Recht beim Vollzug	119
10.346	Teilnahme ausländischer Behörden beim Vollzug	119
10.347	Rechtsschutz des Betroffenen.	120

IV. Kapitel: Die Prozessbeteiligten und ihre Rechtsstellung

11.	Der Beschuldigte.	125
11.1	Der Begriff des Angeschuldigten.	125
11.2	Die Partei- und Prozessfähigkeit	127
11.3	Die Verfahrenspflichten.	129
11.31	Das Selbstbelastungsverbot	130
11.32	Die Erscheinungs- und Anwesenheitspflicht	131
11.33	Die Duldungspflichten im Rahmen der Beweisführung	132
11.4	Der Anspruch auf rechtliches Gehör.	132
11.41	Die Informationsrechte.	135
11.411	Information über Art und Grund der Beschuldigung	135
11.412	Belehrung des Angeschuldigten über seine Rechte	136
11.413	Recht auf Einsicht in die Akten.	137
11.414	Recht auf Teilnahme an der Hauptverhandlung	142
11.42	Die Mitwirkungsrechte	143
11.421	Eigene Ermittlungen des Angeschuldigten.	143
11.422	Recht auf Beweisanträge.	143
11.423	Recht auf Teilnahme an den Beweiserhebungen	146
11.424	Recht auf Zeugenkonfrontation.	148
11.425	Recht auf Teilnahme des Verteidigers.	152
11.43	Die Verteidigungsrechte.	153
11.431	Anspruch auf Beizug eines Verteidigers.	153
11.432	Anspruch auf Beizug eines Dolmetschers.	153
11.44	Der Anspruch auf eine Begründung	155
11.45	Das Recht auf Wahrung der Persönlichkeit	157
11.46	Die Unschuldsvermutung.	158
11.47	Das Beschleunigungsgebot	159
11.48	Der Anspruch auf „fair trial“.	163

12.	Der Verteidiger.	164
12.1	Das Bedürfnis nach einem Verteidiger.	164
12.2	Die Person des Verteidigers.	165
12.3	Die Rechtsnatur der Verteidigung.	166
12.4	Die notwendige und die fakultative Verteidigung	168
12.5	Die private und die amtliche Verteidigung.	170
12.51	Die Voraussetzungen der amtlichen Verteidigung.	171
12.511	Bedeutung des Falles.	171
12.512	Bedürftigkeit.	173
12.52	Das Verfahren zur Erlangung der amtlichen Verteidigung.	174
12.53	Die Entschädigung des amtlichen Verteidigers.	176
12.6	Die Aufgaben des Verteidigers.	177
12.7	Der Verkehr zwischen Verteidiger und Angeschuldigtem	179
12.8	Die Massnahmen beim Missbrauch der Parteirechte.	182
13.	Der Kläger.	184
13.1	Der Begriff des Verletzten bzw. Geschädigten.	184
13.2	Die Rechte des Klägers.	186
13.21	Das Recht auf Zulassung.	186
13.22	Das Recht auf Orientierung.	187
13.23	Das Recht auf Akteneinsicht.	188
13.24	Das Recht auf Teilnahme an den Beweiserhebungen.	188
13.25	Das Recht auf Beweisanträge.	188
13.26	Das Recht auf Teilnahme an der Hauptverhandlung.	189
13.27	Die Rechtsmittellegitimation.	189
13.3	Die Zivilklage.	191
13.31	Die Voraussetzungen der Zivilklage.	191
13.32	Die Einreichung der Zivilklage.	191
13.33	Die Beurteilung der Zivilklage.	192
13.34	Die Rechtsmittellegitimation des Zivilklägers.	194
13.35	Die Kosten der Zivilklage.	194
13.36	Die erweiterten Rechte nach dem Opferhilfegesetz.	195
13.4	Das Opferhilfegesetz.	195
13.41	Das Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten.	196
13.42	Der Begriff des Opfers.	197
13.43	Die Beratung des Opfers und die Vermittlung von Hilfe.	198
13.44	Die zusätzlichen Mitwirkungsrechte im Strafverfahren.	199
13.45	Die Schutzrechte bei Zeugenbefragungen.	199
13.46	Die besonderen Schutzrechte bei Sexualdelikten.	200
13.47	Die Rechtsmittellegitimation des Opfers.	200
13.48	Die staatliche Entschädigungs- und Genugtuungsleistung.	201
13.481	Subsidiarität der staatlichen Entschädigung.	201
13.482	Voraussetzungen und Bemessung der Entschädigung.	202
13.483	Verfahren und Rechtsschutz.	203

V. Kapitel: Allgemeine Verfahrensgrundsätze

14.1	Das Offizialprinzip	207
14.11	Die Bedeutung des Offizialprinzips	207
14.12	Die Ausnahmen vom Offizialprinzip	207
14.121	Die Antragsdelikte	207
14.122	Die Ermächtigungsdelikte	208
14.123	Das Privatstrafklageverfahren	211
14.2	Das Legalitäts- und Opportunitätsprinzip	211
14.21	Die Bedeutung des Legalitäts- und Opportunitätsprinzips	212
14.22	Die Ausgestaltung im st. gallischen Recht	214
14.23	Die informellen Absprachen im Strafverfahren	216
14.3	Der Anklagegrundsatz	219
14.31	Die Bedeutung des Anklagegrundsatzes	219
14.32	Die Ausnahmen vom Anklagegrundsatz	222
14.4	Das Unmittelbarkeitsprinzip	222
14.41	Die Bedeutung des Unmittelbarkeitsprinzips	222
14.42	Die Ausgestaltung im st. gallischen Recht	223
14.43	Die Anforderungen der EMRK	225
14.5	Die Grundsätze der Mündlichkeit und Schriftlichkeit	226
14.6	Der Öffentlichkeitsgrundsatz	227
14.61	Die Bedeutung des Öffentlichkeitsgrundsatzes	227
14.62	Die Parteiöffentlichkeit im Untersuchungsverfahren	228
14.63	Die Publikumsöffentlichkeit im Gerichtsverfahren	229
14.64	Der Ausschluss der Publikumsöffentlichkeit	231
14.65	Die Gerichtsberichterstattung	232

VI. Kapitel: Die Beweisführung und die Beweiswürdigung

15.	Der Umfang der Beweisführung	237
16.	Die Beweiswürdigung	240
16.1	Die freie Beweiswürdigung	240
16.11	Die Unzulässigkeit von Beweisregeln	241
16.12	Die subjektive Überzeugung des Richters	242
16.13	Der Grundsatz „in dubio pro reo“	243
16.14	Die antizipierte Beweiswürdigung	244
16.2	Die Beweisverbote	244
16.21	Das Beweiserhebungsverbot	245
16.22	Das Beweisverwertungsverbot	246
16.23	Die Fernwirkung des Beweisverwertungsverbots	248

VII. Kapitel: Die Beweismittel

17.	Die Einvernahme des Angeschuldigten	255
17.1	Die Funktion der Einvernahme	256
17.2	Die untersuchungsrichterliche Einvernahme	256

17.21	Die Einvernahme zur Sache.	256
17.22	Die Einvernahme zur Person.	258
17.3	Die unzulässigen Einvernahmemethoden.	258
17.31	Die Freiheit zur Aussage.	258
17.32	Die Freiheit der Aussage.	259
17.4	Die Durchführung der Einvernahme.	262
18.	Der Zeuge.	264
18.1	Der Begriff des Zeugen.	264
18.2	Die Pflichten des Zeugen.	266
18.21	Die Erscheinungs- und Anwesenheitspflicht.	266
18.22	Die Aussage- und Wahrheitspflicht.	266
18.3	Das Zeugnisverweigerungsrecht.	267
18.31	Zeugnisverweigerungsrecht und Verwandtschaft.	268
18.32	Zeugnisverweigerungsrecht und Berufsgeheimnis.	269
18.33	Zeugnisverweigerungsrecht und Verwaltungsgeheimnis.	271
18.34	Zeugnisverweigerungsrecht und Selbstbelastungsverbot.	272
18.4	Die Durchführung der Zeugeneinvernahme.	273
18.41	Die Belehrung und Ermahnung des Zeugen.	273
18.42	Die Einvernahme zur Sache.	274
18.43	Die Befragung von Tatzeugen durch die Polizei.	275
18.5	Die Wahrung der Anonymität von Gewährspersonen.	276
18.6	Die Prüfung der Glaubwürdigkeit von Zeugen.	279
19.	Die Auskunftsperson.	281
19.1	Der Begriff der Auskunftsperson.	281
19.2	Die Anwendungsfälle.	282
20.	Der Augenschein.	284
20.1	Der Gegenstand des Augenscheins.	284
20.2	Die Durchführung des Augenscheins.	284
21.	Der Sachverständige.	286
21.1	Der Begriff und die Aufgaben des Sachverständigen.	287
21.2	Die Verpflichtung zum Beizug eines Sachverständigen.	288
21.3	Die Ernennung des Sachverständigen.	290
21.4	Die Instruktion des Sachverständigen.	291
21.5	Die Erstattung des Gutachtens.	292
21.6	Die Würdigung des Gutachtens.	293
22.	Die Urkunden.	295
23.	Die Protokollierung.	296
23.1	Die Bedeutung des Protokolls.	296

Inhaltsverzeichnis

23.2	Die Bestandteile des Protokolls	297
23.3	Die Beweiskraft des Protokolls	300

VIII. Kapitel: Die prozessualen Zwangsmassnahmen

24.	Die Vorladung und die Zuführung	303
24.1	Die Vorladung	303
24.2	Die polizeiliche Zuführung	304
25.	Die Verhaftung	305
25.1	Die Voraussetzungen der Untersuchungshaft	306
25.11	Der allgemeine Haftgrund des dringenden Tatverdachts.	306
25.12	Die besonderen Haftgründe	307
25.121	Haftgrund der Kollusionsgefahr	307
25.122	Haftgrund der Fluchtgefahr	309
25.123	Haftgrund der Fortsetzungsgefahr	311
25.124	Keine weiteren Haftgründe	313
25.13	Die Dauer der Untersuchungshaft	313
25.2	Die Durchführung der Verhaftung	316
25.21	Der Haftbefehl	316
25.22	Die vorläufige Festnahme	317
25.3	Der Rechtsschutz des Verhafteten	318
25.31	Das Erfordernis einer gerichtlichen Haftanordnung	318
25.32	Die Hafteröffnung	322
25.33	Die periodische Haftprüfung	323
25.34	Die Haftbeschwerde	325
25.341	Richterliche Haftprüfung	325
25.342	Zuständigkeit und Verfahren	326
25.343	Fristen	327
25.344	Kontradiktorische Verfahrensausgestaltung	328
25.4	Der Vollzug der Untersuchungshaft	329
25.41	Die allgemeinen Rechtsgrundlagen	329
25.411	Kantonalrechtliche Bestimmungen	330
25.412	Grundrecht der persönlichen Freiheit	332
25.413	Mindestgrundsätze des Europarates	333
25.42	Die zulässigen Freiheitsbeschränkungen	334
25 All	Freiräume innerhalb der Anstalt	335
	- zur körperlichen Bewegung	335
	- zur Effektenaufbewahrung	336
	- zur Verpflegung	336
	- zur ärztlichen Behandlung	337
	- zur Kulturfreiheit	338
	- zur privaten Tätigkeit	338
	- zu weiteren Einschränkungen	338

25.422	Kontakte zur Aussenwelt	339
	- zur Besuchsregelung	339
	- zur mengenmässigen Beschränkung des Postverkehrs	341
	- zur Kontrolle des Postverkehrs	342
	- zum Anspruch auf Geschenksendungen	344
	- zum Bezug von Zeitungen und anderen Drucksachen	344
	- zum Radio und Fernsehempfang	346
25.423	Anspruch auf Information über die zustehenden Rechte	346
25.424	Verkehr mit dem Verteidiger	347
25.43	Die Disziplarmassnahmen und der Rechtsschutz	347
25.44	Die Ersatzmassnahmen bei Krankheit	348
25.5	Die Ersatzmassnahmen für Untersuchungshaft	349
25.51	Die Ersatzmassnahmen im allgemeinen	349
25.52	Die Kautions	350
25.6	Der vorläufige Strafvollzug	351
25.61	Die Voraussetzungen des vorläufigen Strafvollzugs	351
25.62	Die Rechtsnatur des vorläufigen Strafvollzugs	353
25.63	Der Widerruf des Einverständnisses	353
25.7	Die Sicherheitshaft	355
25.71	Die Zuständigkeit nach erstinstanzlicher Verurteilung	355
25.72	Die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft	355
25.73	Die Sicherheitshaft im eigentlichen Sinn	356
25.8.	Das freie Geleite	357
26.	Die Beschlagnahme	358
26.1	Die Voraussetzungen der Beschlagnahme	358
26.11	Die Beweisbeschlagnahme	359
26.12	Die Konfiskationsbeschlagnahme	360
26.13	Die Vermögensbeschlagnahme	363
26.2	Die Durchführung der Beschlagnahme	365
26.21	Die Zuständigkeit zur Beschlagnahme	365
26.22	Das Verfahren der Beschlagnahme	366
26.23	Der Entscheid über die beschlagnahmten Gegenstände	367
27.	Die Durchsuchung	368
	Die Hausdurchsuchung	369
27.11	Die Voraussetzungen der Hausdurchsuchung	369
27.12	Die Zuständigkeit zur Hausdurchsuchung	370
27.13	Die Durchführung der Hausdurchsuchung	371
27.2	Die Effektendurchsuchung	372
27.3	Die Durchsuchung von Personen	373
27.4	Die Durchsuchung von Papieren	373
27.41	Die Voraussetzungen der Durchsuchung von Papieren	373
27.42	Das Editionsverweigerungsrecht	375
27.43	Das Entsiegelungsverfahren	377
27.44	Der Beizug von Akten anderer Amtsstellen	380

Inhaltsverzeichnis

28.	Die ärztliche Untersuchung	382
28.1	Die Voraussetzungen der ärztlichen Untersuchung	382
28.2	Die Einweisung in eine Anstalt	384
28.3	Die Blutprobe	384
29.	Die technischen Überwachungsmassnahmen	387
29.1	Die Beschlagnahme von Postsendungen	387
29.2	Die Überwachung des Telefonverkehrs	388
29.21	Vorbemerkungen	388
29.22	Die rechtlichen Grundlagen	390
29.23	Die Voraussetzungen der Überwachung	391
29.231	Schwere oder Eigenart des Delikts	391
29.232	Konkreter Tatverdacht	392
29.233	Subsidiaritätsprinzip	393
29.24	Der Kreis der Betroffenen	393
29.241	Überwachte Anschlüsse	393
29.242	Überwachte Gespräche	395
29.25	Das Verfahren der Überwachung	397
29.26	Die Dauer der Überwachung	398
29.27	Die nachträgliche Mitteilung	398
29.28	Die Zufallsfunde	400
29.29	Die praktische Durchführung	401
29.3	Der Einsatz technischer Überwachungsgeräte	404
29.4	Die präventiven Überwachungsmassnahmen	404

IX. Kapitel: Der Gang des ordentlichen Strafverfahrens

30.	Das Untersuchungs- und Anklageverfahren	409
30.1	Die Anzeige	409
30.11	Die Anzeigepflicht	410
30.12	Die Anzeigeerstattung	410
30.13	Die Weiterleitung der Anzeige	411
30.2	Die Eröffnung der Untersuchung	412
30.21	Die Voraussetzungen für die Eröffnung der Untersuchung... 412	412
30.22	Die Vorermittlungen	414
30.23	Die Nichteintretensverfügung	414
30.24	Die Pflicht zum Abschluss des Verfahrens	414
30.3	Die Einstellung des Strafverfahrens	415
30.31	Die Rechtsnatur der Einstellung des Strafverfahrens	415
30.32	Die definitive Einstellung des Verfahrens	415
30.321	Verjährung als materieller Strafaufhebungsgrund	416
30.322	Grundsatz „ne bis in idem“	416
30.33	Die vorläufige Einstellung des Verfahrens	417
30.34	Das Verfahren der Einstellung	418

30.4	Das Abschlussverfahren	419
30.41	Das Recht auf Akteneinsicht	420
30.42	Das Recht auf Einwendungen und Beweisanträge	421
30.5	Die Aufhebung des Strafverfahrens	422
30.51	Die Voraussetzungen für die Aufhebung des Strafverfahrens	422
30.52	Die Verbindung der Aufhebung mit Massnahmen	423
30.53	Das Verfahren der Aufhebung	424
30.6	Der Strafbescheid	426
30.61	Die Vereinbarkeit mit Art. 6 Ziff. 1 EMRK	426
30.62	Die Voraussetzungen des Strafbescheids	427
30.63	Das Verfahren des Strafbescheids	428
30.7	Die Überweisung zur gerichtlichen Beurteilung	431
30.71	Der Inhalt der Überweisungsverfügung	431
30.72	Die Arten der Überweisung	432
30.73	Die Einsprache gegen die Überweisung	434
31.	Das Gerichtsverfahren	438
31.1	Die Gerichtshängigkeit	438
31.2	Die Vorbereitung der Gerichtsverhandlung	440
31.3	Die Durchführung der Gerichtsverhandlung	442
31.31	Allgemeine Verfahrensgrundsätze	442
31.32	Die Eröffnung der Verhandlung	443
31.33	Die Verhandlungsordnung	444
31.34	Die Beweiserhebungen	446
31.35	Die Parteivorträge	448
31.36	Das Schlusswort des Angeklagten	449
31.4	Der gerichtliche Entscheid	450
31.41	Die Urteilsberatung	451
31.42	Das motivierte Urteil	451
31.43	Die Eröffnung des Urteils	453

X. Kapitel: Die besonderen Verfahrensarten

32.	Das Verfahren bei Übertretungen	459
32.1	Die Bussenerhebung auf der Stelle	459
32.2	Die provisorische Bussenverfügung	461
33.	Das Verfahren bei Abwesenheit des Angeschuldigten	463
33.1	Das Vorverfahren	463
33.2	Das Kontumazialurteil	464
33.21	Die gesetzliche Regelung	464
33.22	Die rechtsstaatliche Problematik	465
33.23	Die vorgesehene Neuregelung	466

Inhaltsverzeichnis

34.	Das Verfahren bei Ehrverletzungen und Kreditschädigung ..	469
34.1	Das Privatstrafklageverfahren.	469
34.2	Der Geltungsbereich.	470
34.21	Die Amtsehrverletzung.	470
34.22	Das Zusammentreffen mit anderen strafbaren Handlungen..	472
34.23	Der Ausschluss bei Kindern und Jugendlichen.	473
34.3	Die Behördenorganisation und die Parteien.	473
34.4	Die Einleitung des Verfahrens.	474
34.41	Die Einreichung der Klage beim Gericht.	474
34.411	Wahrung der Antragsfrist.	474
34.412	Eingabe an die unzuständige Behörde.	475
34.412	Formelle Anforderungen an die Klage.	476
34.414	Zulässigkeit der Klageänderung.	477
34.42	Das Vermittlungsverfahren.	477
34.43	Das Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt.	479
34.5	Die richterliche Untersuchung.	479
34.51	Die Beweiserhebungen.	480
34.52	Die prozessualen Zwangsmassnahmen.	481
34.53	Die Zulassung zum Entlastungsbeweis.	481
34.54	Das Überweisungsverfahren.	482
34.6	Das Gerichtsverfahren.	482
34.7	Die Kosten.	484
34.71	Die Vorschusspflicht.	484
34.72	Die Kostenträger und die Kostenverlegung.	485
35.	Das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche.	487
35.1	Der Geltungsbereich.	488
35.2	Die Behördenorganisation.	489
35.21	Der Jugendanwalt und die Jugendanwaltschaft.	489
35.22	Die Beurteilungskompetenzen.	490
35.3	Die wesentlichsten Verfahrensgrundsätze.	492
35.31	Die örtliche Zuständigkeit.	492
35.32	Die Parteirechte.	492
35.321	Parteirechte des Angeschuldigten.	492
35.322	Parteirechte des Klägers.	493
35.33	Das gemässigte Opportunitätsprinzip.	494
35.34	Die umfassende Abklärung der persönlichen Verhältnisse ...	495
35.35	Die Untersuchungshaft.	496
35.36	Die vorsorglichen Massnahmen.	496
35.37	Das Beschwerdeverfahren.	497
35.38	Die vereinfachten Erledigungsformen.	498
35.39	Die Kosten und der Vollzug.	500
35.391	Kostenträger und Kostenverlegung.	500
35.392	Vollzugsverfahren.	500

36.	Das Verfahren vor den Gemeindebehörden	502
36.1	Die grundsätzliche Problematik von Verwaltungsstrafen	502
36.2	Der Geltungsbereich	504
36.3	Die Behördenorganisation	505
36.4	Das Verfahren	506
36.5	Die Rechtsmittel	508
36.6	Die Kosten und der Vollzug	509

XI. Kapitel: Die Rechtsmittel

37.	Allgemeine Rechtsmittelgrundsätze	513
37.1	Die Arten von Rechtsmitteln	513
37.2	Die allgemeinen Rechtsmittelgrundsätze	514
37.21	Die Legitimation	514
37.22	Das Anfechtungsobjekt	515
37.23	Die Dispositionsmaxime	516
37.24	Die Fristenwahrung	516
37.25	Die Anforderungen an die Eingabe	519
37.26	Die Einschreibgebühr	519
38.	Die Rechtsmittel im Einzelnen	521
38.1	Die Beschwerde	521
38.11	Das Anfechtungsobjekt	522
38.12	Die Legitimation	523
38.13	Die Beschwerdeerklärung	525
38.14	Das Beschwerdeverfahren	528
38.15	Der Beschwerdeentscheid	528
38.2	Die Berufung	529
38.21	Das Anfechtungsobjekt	529
38.22	Die Legitimation	532
38.23	Die Berufungserklärung	533
38.231	Beschränkung der Anfechtung	533
38.232	Anschlussberufung	535
38.233	Berufungsbegründung	536
38.234	Suspensivwirkung	537
38.24	Das Berufungsverfahren	538
38.25	Der Berufungsentscheid	539
38.3	Die Nichtigkeitsbeschwerde	541
38.31	Das Anfechtungsobjekt	541
38.32	Die Nichtigkeitsgründe	542
38.321	Nicht gehörige Besetzung des Gerichts	543
38.322	Beeinträchtigung der Parteirechte im Gerichtsverfahren	543
38.323	Verletzung von Beurteilungsvorschriften	545
38.324	Willkürliche oder aktenwidrige Beweiswürdigung	547

Inhaltsverzeichnis

38.33	Die Legitimation	548
38.34	Die Beschwerdeerklärung	549
38.35	Das Beschwerde verfahren.	550
38.36	Der Beschwerdeentscheid.	550
38.4	Die Wiederherstellung	552
38.41	Die Voraussetzungen.	552
38.42	Das Wiederherstellungsverfahren.	553
38.43	Der Wiederherstellungsentscheid	553
38.5	Die Wiederaufnahme.	553
38.51	Das Anfechtungsobjekt	554
38.52	Die Voraussetzungen.	555
38.53	Die Legitimation.	556
38.54	Das Wiederaufnahmeverfahren	556
38.55	Der Wiederaufnahmeentscheid	557
38.6	Die Rechtsverweigerungsbeschwerde.	558
38.61	Das Anfechtungsobjekt	559
38.62	Die Voraussetzungen	560
38.63	Die Legitimation.	560
38.64	Das Beschwerdeverfahren.	561
38.65	Der Beschwerdeentscheid.	563
39.	Die eidgenössischen Rechtsmittel	564
39.1	Die eidgenössische Nichtigkeitsbeschwerde.	564
39.11	Das Anfechtungsobjekt	564
39.12	Die Legitimation.	566
39.13	Die Nichtigkeitsgründe.	567
39.14	Das Beschwerdeverfahren.	567
39.15	Der Beschwerdeentscheid.	570
39.2	Die staatsrechtliche Beschwerde.	571
39.21	Das Anfechtungsobjekt	572
39.22	Die Legitimation.	573
39.23	Die Anfechtungsgründe.	574
39.24	Das Beschwerde verfahren.	574
39.25	Der Beschwerdeentscheid.	575
 XII. Kapitel: Die Kosten und Entschädigungen		
40.1	Die Kosten des Strafverfahrens.	579
40.11	Die Zusammensetzung der Kosten.	579
40.12	Die Verlegung der Kosten.	580
40.121	Angeschuldigter als Kostenträger.	580
40.122	Andere Kostenträger.	584
40.123	Staat als Kostenträger.	586
40.124	Die Kostenverlegung im Rechtsmittelverfahren	587
40.13	Der Kostenentscheid.	590
40.2	Die staatliche Entschädigungspflicht	591
40.21	Die Parteientschädigung.	591

40.22	Die Haftentschädigung	592
40.221	Voraussetzungen des Entschädigungsanspruchs.	592
40.222	Bemessung des Entschädigungsanspruchs.	593
40.223	Verfahren der Haftentschädigung.	594

XIII. Kapitel: Das Vollzugsverfahren

41.1	Die Grundzüge des Vollzugsverfahrens.	599
41.11	Die formelle Rechtskraft als Voraussetzung des Vollzugs	599
41.12	Die gesetzlichen Grundlagen des Vollzugsverfahrens.	600
41.13	Die Anordnung und Durchführung des Vollzugs.	602
41.2	Die nachträgliche richterliche Verfügung.	603
41.3	Die Begnadigung.	605
41.4	Das Strafregister.	606
	Alphabetisches Sachregister.	609